

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pf. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gelbte Seite 100 Pf., von auswärts 125 Pf., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-gelbte Reklameseite 300 Pf. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pf. — Postkontokonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 93

Mittwoch, den 21. April 1920

11. Jahrgang

Wähler und Wählerinnen des Freistaates!

Am Sonntag, den 16. Mai soll Ihr darüber entscheiden, ob im künftigen Danziger Freistaat eine Politik der Unduldsamkeit, Ausbeutung und Unterdrückung oder eine freiheitliche, sozialdemokratische Politik getrieben werden soll.

Die Entscheidung darüber kann nicht schwer sein.

Wer andere ausbeuten und beherrschen will,
wer nur an seine persönlichen Vorteile denkt und sich mit hoch-
erhobenen Händen schützend vor den Geldsack stellt,
wer das alte unduldsame Junker- und Muckertum auch weiterhin
beibehalten und für alle Zukunft in Staat und Gesellschaft
verankern will,
wer für die Verlängerung des Achtstundentages und Gegner der
Verbesserung der sozialen Gesetzgebung ist,

wird eine der sogenannten bürgerlichen Parteien wählen.

Wer mit Gewaltmitteln eine Räterepublik errichten und damit eine
Schreckensherrschaft herbeiführen und den Bruderkampf will, der wird der
U. S. P. oder der kommunistischen Partei ins Ungewisse folgen.

Wer aber eine freiheitliche Entwicklung aller politischen und wirt-
schaftlichen Verhältnisse in Staat und Gesellschaft auf demokratischer
Grundlage erstrebt, die Errungenschaften der Revolution festhalten
und erweitern will, der wird und muß mit aller Kraft dafür sorgen, daß
am Wahltage der Erfolg der Sozialdemokratischen Partei zufällt.

Nur von einer sozialdemokratischen Mehrheit im Volkstag ist eine auf
der Grundlage der Gerechtigkeit beruhende und das Ziel des Sozialismus
erstrebende Politik bestimmt zu erwarten; eine Politik, die die Befreiung
der minderbemittelten Bevölkerungsschichten aus Abhängigkeit, Not und
Elend zur Aufgabe hat.

Keine bürgerliche Partei wird und kann diesen Wünschen gerecht werden.

Anlässlich der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung im Januar 1919
haben alle bürgerlichen Parteien den Wählern und Wählerinnen alles mögliche und
gute versprochen. Als es aber zur Tat kommen sollte, verlagerten sie nicht nur
schmächtig, sondern hinderten jede freiheitliche Entwicklung.

Nur der Sozialdemokratischen Partei sind die bisher erzielten Vorteile zu ver-
danken. Sie hat ihre ganze Kraft eingesetzt um das Los des Proletariats in jeder
Hinsicht zu verbessern. Wenn sie nicht alle ihre Bestrebungen durchsetzen konnte, so
ist das in erster Linie dem Umstand zuzuschreiben, daß die Sozialdemokratische Partei
in der Nationalversammlung nicht die Mehrheit hat.

Von 423 Abgeordneten gehören der sozialdemokratischen Fraktion nur 165 und
der U. S. P. nur 22 Abgeordnete an. Die bürgerlichen Parteien befinden sich mit
238 Abgeordneten in der Mehrheit. Das besagt genug für jeden, der die politischen
Machtverhältnisse objektiv beurteilen will und kann.

Schuld daran, daß die Sozialdemokratische Partei in der Minderheit geblieben
ist und deshalb ihre Politik nicht ganz durchsetzen konnte, hat der unselige Bruderkampf
in der deutschen Arbeiterbewegung, der die Kräfte zersplitterte, anstatt eine
einheitliche Front aller Kämpfer für

**Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit
gegen Unfreiheit, Ungleichheit und Gewaltpolitik zu bilden.**

Wenn in der Nationalversammlung nicht erreicht worden ist, was mancher
wünschte und erhoffte, so haben jene Leute in den Reihen der U. S. P. und K. P. D.
daran Schuld, die in arger Verblendung

die Sozialdemokratische Partei zerrissen und den Bruderkampf in die
Reihen der Arbeiterschaft getragen haben.

Wähler und Wählerinnen! Bedankt Euch bei der Reaktion von rechts und
links wenn Eure Hoffnungen zum Teil unerfüllt geblieben sind.

**In der jungen Freien Stadt Danzig muß eine
besonders weitausschauende Politik getrieben werden.**

Nach dem Willen des Völkerbundes soll sie und das umliegende Gebiet ein
freier Staat sein.

Polen aber hat seine Ansprüche auf Danzig keineswegs fallen lassen. Es wartet
nur auf die passende Gelegenheit, unsere Heimatstadt mit politischen Mitteln oder mit
Waffengewalt zu erobern und zu besetzen.

Ein Putsch von rechts oder links käme den Polen für ihre besonderen Zwecke
ebenso sehr gelegen, wie den Franzosen der Kapp-Lüttich-Putsch zur Besetzung von
Frankfurt a. Main und anderen deutschen Städten.

Darum fort mit jeder Putscherei und Gewaltpolitik!

Auf in den Wahlkampf!

Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig.

Nur eine zielbewusste sozialdemokratische Politik kann Danzig vor dem sicheren
Untergange bewahren.

**Die Not in der Welt ist groß, aber größer noch ist
die Notlage der arbeitenden Klasse in Danzig.**

10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen sind allein in der Stadt Danzig ohne Arbeit
und jeden Verdienst.

Not und Elend sind hier ständige Gäste.

Nicht viel besser geht es allen, die sich durch Hand- oder Kopfarbeit ernähren,
Pensionäre oder kleine Rentner sind. Auch diese kämpfen um ihre Existenz.

Groß sind auch die Klagen auf dem Lande.

Daß die Menschheit an allen Gütern Mangel leidet, daß sie hungern und
frieren muß, ist das unentrinnbare Ergebnis des Krieges.

Aber die Not, die die Senkung des Ertrages der Arbeit bewirkt hat, wird
durch die Klassenordnung und Monopolwirtschaft der kapitalistischen Gesellschaft
noch ungeheuer verschärft. Denn Mangel leidet ja nur die riesengroße, während des
Krieges ungeheuer angewachsene Zahl der Besitzlosen.

Die wirklich besitzende Klasse und die neuen Ausbeuter **Mucherer und
Schieber** — leben, als hätte es einen Krieg nie gegeben.

Nur auf den Rücken der Armen wurde das Brot kleiner, das Fleisch
weniger. Unterernährung und Siechtum zehren nur am Leibe der Besitzlosen. Nur
bei ihnen müssen stöhnende Mütter, Säuglinge und Kinder darben. Der grausame
Widerstand der kapitalistischen Güterverteilung wälzt die gesamten Lasten des allgemeinen
Notstandes auf die Schultern der besitzlosen Klasse.

Und dieser Widerstand findet fruchtlose Stützen in allen bürgerlichen Parteien
aller Länder. Nur die Sozialdemokratie bekämpft ihn mit aller Kraft. Sie will
alle Ungerechtigkeiten, jede Ausbeutung und Unterdrückung beseitigen. Sie ist
deshalb die berufendste Vorkämpferin des Sozialismus. Erst durch diesen, der
an Stelle der Profitwirtschaft eine planmäßige Gemeinwirtschaft einführen will,
wird diese unsinnige kapitalistische Wirtschaftsweise beseitigt.

Wähler und Wählerinnen!

Unter den Fragen, die unserer Arbeit im Freistaat Danzig harren, ist die
Schaffung einer Verfassung die erste und wichtigste. Unser heiligstes Bemühen muß es sein,
zu verhindern, daß eine kleine rüchtländige Beamtenengruppe die Herrschaft im Freistaat erhält.

**Die Gesetzgebung muß Sache des gesamten Volkes sein, die
Verwaltung unter demokratischer Kontrolle stehen.**

Diesen Grundsatz haben wir bei den Vorberatungen im Verfassungsausschuß nachdrücklich
vertreten.

Die von uns in dem fertiggestellten Verfassungsentwurf durchgeführten demokratischen
Verbesserungen konnten nur im harten Kampfe den bürgerlichen Parteien abgerungen werden.
Noch schwere Kämpfe wird es kosten um die Rechte des Volkes im Volkstag zu
erhalten und zu erweitern.

Die in Danzig ganz besonders notwendige Einheitsfront des Proletariats ist
durch die Unduldsamkeit der Unabhängigen, die am Verfassungstisch fast gar keinen
Anteil genommen haben, trivial zerstückt worden.

Aber unser natürlicher Feind steht rechts!

Das haben besonders die Ereignisse der letzten Wochen erwiesen.

Männer und Frauen des Danziger Volkes!

Wohin die Bestrebungen in Danzig zielen, zeigt am besten die bisherige reaktionäre
Zusammensetzung des Staatsrates, die zunächst bei allen „bürgerlichen“ Parteien keinen
Widerstand erfuhr. Erst dem ständigen Drängen der Sozialdemokratie ist es gelungen,
durchzusetzen, daß im Staatsrat jetzt auch die politischen Parteien eine Vertretung finden sollen.

Gewaltige Kämpfe harren unser.

Wir werden sie führen wie es die Tradition der sozialdemokratischen Partei von
uns verlangt; in Erkenntnis der wissenschaftlichen Lehren unserer Vorkämpfer, im
Vertrauen auf das Volk.

Die sozialen und politischen Erschütterungen der Welt sind noch nicht beendet.
Arbeiten wir mit ganzer Kraft dahin, daß der Freistaat ein Gebilde werde, in dem
sich alle Volkskreise wohl fühlen.

Wähler und Wählerinnen! Der Freistaat, das seid Ihr selbst, Ihr, das Volk,
das in vielen Werkstätten und Fabriken, an Schreibtisch und Pflug die Hände reagt!
Der Freistaat ist der Boden, auf dem Ihr Euren Sieg errichten werdet über die
Mächte einer versinkenden Vergangenheit!

Nicht Unfreiheit und Kapitalismus, sondern Freiheit und Sozialismus!

Nicht Putsch, sondern Demokratie!

Nicht Gewalt, sondern freies Ringen der Geister!

**Nicht abwärts in Chaos, Anarchie und Brudermord, sondern aufwärts
zur Neuordnung, Freiheit und Wohlfahrt!**

**Sich den wirtschaftlich Schwachen, Schutz den Opfern des Krieges, Herrschaft
der schaffenden Arbeit, der geistigen und körperlichen in werktätiger Verbindung!**

**Vorwärts durch Demokratie zum Sozialismus! Und fort mit allem, was sich
uns entgegenstellt!**

Hoch die Sozialdemokratie!

Ideen sind härter als Kanonen.

Die Parteien in Westfalen haben in den letzten Wochen Deutschland beunruhigt. Die deutschnationalen, die kommunistischen und die sozialdemokratischen Parteien von ihnen haben etwas anderes erreicht als Frieden und Einigkeit.

Die Parteien in Westfalen haben in den letzten Wochen Deutschland beunruhigt. Die deutschnationalen, die kommunistischen und die sozialdemokratischen Parteien von ihnen haben etwas anderes erreicht als Frieden und Einigkeit.

Die Parteien in Westfalen haben in den letzten Wochen Deutschland beunruhigt. Die deutschnationalen, die kommunistischen und die sozialdemokratischen Parteien von ihnen haben etwas anderes erreicht als Frieden und Einigkeit.

Die Parteien in Westfalen haben in den letzten Wochen Deutschland beunruhigt. Die deutschnationalen, die kommunistischen und die sozialdemokratischen Parteien von ihnen haben etwas anderes erreicht als Frieden und Einigkeit.

Die Parteien in Westfalen haben in den letzten Wochen Deutschland beunruhigt. Die deutschnationalen, die kommunistischen und die sozialdemokratischen Parteien von ihnen haben etwas anderes erreicht als Frieden und Einigkeit.

Die Parteien in Westfalen haben in den letzten Wochen Deutschland beunruhigt. Die deutschnationalen, die kommunistischen und die sozialdemokratischen Parteien von ihnen haben etwas anderes erreicht als Frieden und Einigkeit.

Die Parteien in Westfalen haben in den letzten Wochen Deutschland beunruhigt. Die deutschnationalen, die kommunistischen und die sozialdemokratischen Parteien von ihnen haben etwas anderes erreicht als Frieden und Einigkeit.

Die deutsche Frage in San Remo.

Nach dem Bericht des „Kölnischen Volksboten“ über die deutsche Frage in San Remo...

Nach dem Bericht des „Kölnischen Volksboten“ über die deutsche Frage in San Remo...

Nach dem Bericht des „Kölnischen Volksboten“ über die deutsche Frage in San Remo...

Gegen die Vergewaltigung von Eupen und Malmedy.

In der letzten Sitzung der Nationalversammlung sprach sich der neue Minister des Reichs...

erkennen, weil die nationale Frage dabei durch alle möglichen materiellen Gesichtspunkte beeinflusst werde.

Die meisten, sagte Dr. Koerber, wegen der nationalen Vergewaltigung, die seitens belgischer Truppen...

Der Minister gab sodann eine eingehende Schilderung der belgischen Haltung...

Für den Anschluss an Deutschland.

In der Reichstagsrede vom 20. März...

Das Programm des deutschen Außenministers.

Der neue Außenminister Dr. Koerber...

Deutschlands Finanzen.

Der Hauptausschuss der Nationalversammlung sprach der Reichsfinanzminister über den Etat 1920...

Zu Ostpreußens Abstimmung!

In Artikel 13 des Abstimmungsreglements für den Reichsausschuss...

vertrag Artikel 91 und 95 nur von „Ostpreußen“ und nicht von Deutschland die Rede ist.

Die Personen, die im Abstimmungsgebiet geboren sind, aber darin keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben...

Ein Offizier über die erdolchte Front.

Eine Berliner Korrespondenz ist in der Lage, die in der „Vorwärts“...

Über die ersten Sturmweichten der Revolution im Frühjahr 1918...

„Die Führer, die stützen, allmächtigen Herrscher, haben entsetzt...

Wenn daher der Frontsoldat vom Dolchstoß der Heimat in den Rücken...

Ein radikaler Spartakus-Spiel.

Im Juli 1919 schickte die Zentrale der Kommunisten einen Kommunisten nach Memel...

Auch hier, „revolutionäre“ Spiel war äußerst „radikal“! Was brauchte er bei genügend großem Mundwerk auch noch mehr zu sein...

Ausland.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Tschecho-Slowakei.

Obwohl das Endergebnis der tschechoslowakischen Kammerwahlen noch nicht vorliegt...

Generalkrieg im Elsaß.

„Bresse libre“, das sozialistische Organ von Straßburg, will mit...

Italiens Sozialisten gegen Bürgerkrieg.

Im Landesauschuss der italienischen Sozialistenpartei beantragte gestern Turati...

Aus dem Roten Hause Danzigs.

Stadtvorordnetenversammlung am 20. April.

Schon einleitend eine Polenbeobachtung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab im Auftrage der polnischen Fraktion Stadtv. Tr. Kubacki eine Erklärung ab, in der er behauptete, daß lediglich geschäftliche Rücksichten die Anwesenheit der polnischen Stadtvorordneten bei der letzten Plenarsitzung im Stadtparlament verursacht haben. Er führe sich zugleich veranlaßt, einige bei jener Gelegenheit gefallenen Neußerungen zurückzuweisen. Die Angaben des Herrn Oberbürgermeisters Sahm, daß die polnische Regierung bemüht und absichtlich den Verkehr mit Danzig löse, seien nach seiner Information — anscheinend ohne Unterlagen. Polen denke nicht an eine bewusste Störung des Verkehrs mit Danzig. Wahrscheinlich für die wirtschaftlichen Maßnahmen Polens seien die Verhältnisse des eigenen Landes.

Stadtv. Jemelowski (Dem.) wurde in der üblichen Weise in sein Amt eingeführt.

Die Räte für die Räume der Speisehallenverwaltung auf dem städtischen Schlachthof für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 1. April 1920 wurde von 15 000 Mk. auf 6000 Mk. ermäßigt.

Zur Erweiterung und Verbesserung der Gefrier- und Kühlhausanlage des städtischen Schlachthofes wurden 100 000 Mk. bereitgestellt. Für Wiederherstellungsarbeiten im Erdgeschoss des Englischen Hauses, Protobänkegasse 16, wurden 3500 Mk. bewilligt. Ebenso 30600 Mk. für den Bau einer 50 Meter langen Pflanzbahn zwischen Weichselmündung und der Börsenschanze.

Die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise

Am dann erneut zur Verhandlung. Stadtv. Neumann (F. D. D.) trat für die Erhöhung der Preise ein. Der Ausschuss habe sich nochmals in mehreren Sitzungen mit der Frage befaßt und die Vertreter sämtlicher Fraktionen hätten die Notwendigkeit des 100 prozentigen Aufschlages anerkannt. Die Straßenbahn-Gesellschaft habe inzwischen auch einige Konzessionen gemacht und für die Strecken Halbe Meer, Ohra und Emaus Rückfahrpreise zu 60 Pfg. bewilligt. Für die Vorwürfe, die von einer Zeitung gegen die Ehre eines Mannes gerichtet waren, der die Stadt in dem Ausschuss der Gesellschaft vertritt, sei auch nicht die Spur eines Beweises erbracht; zu mal dieser Herr auf sämtliche Einkünfte aus dieser Stellung zu Gunsten der Stadt verzichtet habe. Herr Kammerer Stadtrat Dr. Alfred Evert verdiene für seine Tätigkeit noch besonderen Dank (!)

Von unseren Genossen Arczynski und Grünhagen ging ein Antrag ein, der verlangte, daß der Magistrat schon jetzt Maßnahmen ergreife, zur

Übernahme der Straßenbahn in städtische Regie.

Stadtv. Dr. Herrmann (Dem.) hat sich in den Ausschussberatungen von der Notwendigkeit der gelebten Preiserhöhung überzeugt. Er bedauert es, jedoch, daß die Gesellschaft für großzügige Konzessionen nicht zu haben war. Der Antrag Grünhagen, der ihm sympathisch sei, habe noch Zeit. Da der Vertrag zwischen der Stadt und die Straßenbahn bis 1930 läuft. Auch Stadtv. Rahn (Unabh.) stimmte der 100 prozentigen Erhöhung zu. Hätte man der Gesellschaft die Fahrpreiserhöhung in der letzten Sitzung bewilligt, dann wäre sie jetzt wegen der Lohnerhöhung ihrer Angestellten erneut mit einer solchen Forderung gekommen. Der Volkstag müsse durch Gesetz die Kommunalisierung der Straßenbahn beschließen. Stadtv. Habel (Deutschnat.) stimmte der Vorlage zu und wünschte die Wiedereröffnung der Linie Lenzgasse-Schwarzmarkt. Stadtv. Jansson (Deutschnat.) trat für die Erhöhung ein mit Rücksicht auf die notwendigen Erneuerungs-

arbeiten. Auch er beschleunigte dem Stadtrat Evert, daß er selbstlos gewirkt habe.

Genosse Grünhagen

erklärte, daß nunmehr auch die Sozialdemokratische Fraktion der Erhöhung zustimme. Die Schuld an der Zuspätung der Angelegenheit trage die Direktion durch ihr Vorgehen bei der Generalversammlung. Die Behauptung, daß den bürgerlichen Pressevertretern in der Generalversammlung der Aktionäre nahegelegt ist, über die Verhandlungen erst später zu berichten, sei von dem Direktor Kupferschmidt bei den Lohnverhandlungen bestätigt worden! Ein dringender Bedürfnis ist die Schaffung einer Jahrgesellschaft nach dem Vorbild Redner empfahl die Ueberführung der Straßenbahn in den städtischen Besitz. Was in anderen Städten gut und nützlich sei, müsse auch für Danzig zweckmäßig sein. Die Verlängerung des Vertrages bis 1930 sei nicht zu rechtfertigen und kein unübersteigliches Hindernis. Sie müsse durch Volksstimmgesetz aufgehoben werden. Redner beantragte namentliche Abstimmung über seinen Antrag. Stadtv. Fuhrbrügge (F. D. D.) bedauerte, daß die Umsteigerberechtigung der Chocra nach dem Bahnhof nicht anerkannt wurde. Die Stadtv. Dr. Herrmann (Dem.) und Prunzen I (Deutschnat.) verteidigten trotz alledem die bürgerliche Presse bezüglich der Schweigepflichtung. Für die Kommunalisierung der Straßenbahn sprach auch Stadtv. Schmiljan (Dem.) Die Schwierigkeiten dieser Frage müßten einer ernsthaften Prüfung unterzogen werden. Stadtv. Grünhagen (Soziald.) behauptete gegen die Verteidiger der kapitalisierenden Pressefreiheit mit vollem Recht, daß tatsächlich eine Beeinflussung bürgerlicher Zeitungen stattgefunden habe. Es sei doch höchst sonderbar, daß die Zeitungen, die sich sonst gegenständig zu überleben suchen, erst einige Tage später über die Generalversammlung berichtet haben. Stadtv. Rahn (Unabh.) wies auf die Hinterhältigkeit des Verfahrens der Gesellschaft hin und behauptete, daß Stadtrat Dr. Evert leichtfertig der Vorlage zugestimmt habe.

Oberbürgermeister Sahm protestierte gegen diese Behauptung Rahn's.

Die Vorlage wurde darauf einstimmig, unter ausdrücklicher Zustimmung der Unabhängigen, angenommen!

In namentlicher Abstimmung wurde dann der Antrag Grünhagen, die Forderung der Kommunalisierung, mit 47 Stimmen angenommen. Nur 9 Deutschnationals stimmten dagegen.

Der Abänderung des Paragrafandgedes wurde nach der Vorlage des Magistrats zugestimmt.

Bauarbeiterstreik und schwarze Listen

führten zu einer längeren Aussprache, in der

Genosse Grünhagen

darauf hinwies, daß Oberbürgermeister Sahm über die Sachlage nicht einwandfrei informiert sei. Auf der Reichsversammlung werde die schwarze Liste tatsächlich beachtet. In 8 bis 4 Fällen seien Bauarbeiter erst dann dort eingestellt worden, nachdem sie eine Befähigung des Bauarbeiterverbandes über ihre Nichtteilnahme an dem Streik beigebracht hätten. In einer Versammlung der Eisenbahner habe er sich für die Freigabe der Eisenbahnerfrage ausgesprochen, daß die vom Preussischen Staat bewilligten Teuerungszulagen, wohl für die Eisenbahnbeamten in Danzig, nicht aber für die Arbeiter zur Auszahlung gelangen sollen.

Oberbürgermeister Sahm erbat um Aufstellung des Materials wegen der schwarzen Listen. In der Eisenbahnerfrage habe der Staatsrat bisher nur über die Bezahlung der Feiertage verhandelt und sich für sie entschieden. Ueber die Teuerungszulagen werde erst in der nächsten Sitzung des Staatsrats verhandelt werden.

Genosse Epil

teilte mit, daß Beamte des Arbeitsamtes darnach fragen, ob Arbeiter aus dem Streik kommen. Das habe viel böses Blut gemacht. Die Arbeiter des Holzgewerbes behaupteten, daß der Magistrat erklärt habe, die zentralen Ausschüsse des Holzgewerbes seien für Danzig nicht gültig. Dadurch werde der Ausscheid der Parteimitglieder gegen die Arbeiter erzwungen.

Stadtv. Riß (Dem.) wünschte, daß die Eisenbahner möglichst bald in den Genuss der Teuerungszulagen kommen. Dies erwartete auch Stadtv. Roggenbuck (Unabh.), mit dem Hinweis auf die gleichen Ansprüche der Beamten und Arbeiter. Stadtv. Rahn (Unabh.) wünschte zu wissen, was der Magistrat in der Bauarbeiterfrage zu tun gedente. Die Bauarbeiter hätten den Schiedsspruch des Oberbürgermeisters angenommen, haben aber trotzdem nicht arbeiten dürfen, weil die Zimmerer auf ihren Forderungen bestehen.

Oberbürgermeister Sahm: Es gehört eine unmensliche Geduld dazu, diese Art und solche Beschuldigungen anzuhören. Alles werde so gedreht, als ob man ein Schädling ist. Unter unglücklichen Umständen ist es mir doch gelungen, eine Einigung der Parteien herbeizuführen. (Bravo!)

Stadtv. Jansson (Deutschnat.) bestätigte die Bemerkungen des Oberbürgermeisters um die Einigung. Die Arbeiter seien bereit gewesen, sich dem Entscheid des Schlichtungsausschusses zu unterwerfen; die Arbeitnehmer jedoch nicht. Die Höhe der Bauarbeiter müßten denen in den hiesigen Industrie- und Kaufmännischen Betrieben angepaßt werden. Den Unternehmern gefalle die Einigung auch nicht durchweg. Aus technischen Gründen könnten die Bauarbeiter noch nicht beschäftigt werden, bis eine Einigung auch mit den Zimmerern erfolgt sei.

Genosse Reel

antwortete auf diese Ausführungen. Jedem gerecht denkenden Menschen sei es klar, daß die Arbeiter um ihr Recht kämpfen. Das Vorgehen der Bauunternehmer bedeute eine Rechtsverletzung schärfster Art. Bei den Verhandlungen habe einer der Herren die Ursache ihres Verhaltens verraten. Aus Furcht vor Unruhen habe man dort die geforderten Lohnsätze bewilligt. Weil also die Danziger Arbeiter bisher ruhig gewesen sind, sollen sie auf diese Weise bestraft werden. Der Schlichtungsausschuss genieße bei der Arbeiterchaft kein Vertrauen. Ein Schiedsspruch sei auch nicht nötig gewesen. Es handelt sich einfach um die Anerkennung des Berliner Schiedsspruches.

Genosse Arczynski

erklärte die Arbeiter frivoler Streiks für Verbrecher an der Gesellschaft. Es sei ein Skandal, mit welchen Mitteln die Arbeitgeber gearbeitet hätten. Die Stadt solle den Bau der Wohnungen in eigene Regie übernehmen. Hinter den Streikenden stehe die gesamte Danziger Arbeiterschaft.

Stadtv. Klein (F. D. D.) verurteilte das Verhalten der Arbeitgeber. Auch Stadtv. Schmiljan (Dem.) äußerte den Wunsch, daß der Streik endlich friedlich beigelegt werde. Neben die systematisch herabwürdigenden Äußerungen Rahn's gegen den Oberbürgermeister war er empört. Die Demokratische Fraktion spreche dem Oberbürgermeister Sahm für seine erfolgreiche Vermittlung ihre Anerkennung aus. (Bravo!)

Genosse Grünhagen

wünschte vom Magistrat eine Erklärung, ob die Stadt die Bauten in eigener Regie weiterführen werde, wenn es auch jetzt nicht zur Einigung komme.

Der Deutschnational Jansson verteidigte sich gegen den Vorwurf des Verbrechens. Gen. Arczynski erwiderte ihm: Wer das Wirtschaftsleben sabotiert, sei ein Verbrecher. Damit war

Zwischen Himmel und Erde

Roman von Otto Ludwig.

(Fortsetzung.)

Unter Geld war des Bruders Art gewohnt: er wußte, daß seine Neben nicht so mild gemeint waren, als sie klangen, und der Bruder bewies ja seine Liebe und Achtung vor dem Vater durch die Tat seines Gehorsams; dennoch wäre es unferm Gelden lieb gewesen, der Bruder hätte sie auch im Reden gezeigt, wie im Tun. Der Bruder hatte mit seiner Rederei nicht ganz unrecht gehabt. Apollonius war es, als läge etwas Unsauberes auf der Seele des Bruders und er strich unwillkürlich mehrmals mit der Hand über den Rockbogen desselben hin, als wäre es äußerlich von ihm abzumischen. Vom Tanze hatte sich Staub darauf gelagert; wie dieser entfernt war, kam ihm die Empfindung, als sei wirklich entfernt, was ihn gestört.

Das Gespräch tauchte seinen Stoff. Sie kamen auf das Mädchen zu sprechen, das vorher sich Kühlung gesucht; Apollonius wußte gewiß nicht, daß er die Anregung dazu gegeben hatte. Wie das Mädchen das Ziel war, nach dem alle Wege seines Denkens führten, so hielt es ihn, war er bei ihr angekommen, unentriubar fest. Er vergaß den Bruder so, daß er zuletzt eigentlich mit sich selbst sprach. Der Bruder schien all das Schöne und Gute an ihr, das der Geld in unbewusster Verehrtheit pries, erst wahrzunehmen. Er stimmte immer lebhafter bei, bis er in ein wildes Lachen ausbrach, das den Gelden aus seiner Selbstvergessenheit weckte und seine Wangen so rot färbte, als die des Mädchens vorher gewesen waren.

„Und da schleichst du um den Saal, wo sie mit andern tanzt, und zeigst sie sich, so hast du nicht das Herz mit ihr anzubinden. Wart, ich will dein Gesandter sein. Von nun soll sie keinen Reigen tanzen, als mit mir, damit kein anderer dir in die Quere kommt. Ich weiß mit den Mädchen umzugehen. Das mich machen für dich.“

Sie standen etwa zehn Schritt von der großen Saalüre entfernt, Apollonius mit dem vollen, der Bruder mit dem halben Angesichte derselben zugewandt. Unser Held schrak vor dem Gedanken, daß das Mädchen heute noch alles erfahren sollte, was er für sie sah. Dazu kam die Scham für sein eigenes befangenes umgeschicktes Wesen ihr gegenüber und wie sie davon werden denken müssen, daß er eines Mittlers bedürfe. Er hatte schon die Hand erhoben, dem Bruder Einhalt zu tun, als die Erscheinung

des Mädchens selbst ihm alles andere verdunkelte. Zeile und allein, wie vorher, kam sie aus der Tür geschritten. Unter dem Tuche, mit dem sie sich Kühlung suchte, schien sie verhalten um sich zu sehen. Er sah wieder ihre Wangen röter werden. Hatte sie ihn gesehen? Aber sie wandte ihr Gesicht nach der entgegengesetzten Seite. Sie schien etwas zu suchen im Saal vor ihr. Er sah, wie sie eine kleine Blume pflückte, diese auf eine Bank legte und, nachdem sie eine Weile wie zweifelnd gestanden, ob sie die Blume wieder aufnehmen sollte, wie mit schmellem Entschluß sich wieder nach der Tür wandte. Eine halb unwillkürliche Arm-bewegung schien zu sagen: mag er sie nehmen; sie ist für ihn gepflückt. Wieder mochte es rot herauf bis an das dunkelbraune Haar, und die Hand, mit der sie in der Tür verschwand, schien einer Neue vorzugeben zu sollen, die die Sorge erzeugen konnte, wie ihr Tun verstanden werden würde.

Der Bruder, der von alledem nichts zu gemahren schien, hatte noch in seiner lebendigen, bestigen Weise fortgesprochen; seine Worte waren verloren; unser Held hätte zwei Seiten haben müssen, sie zu hören, denn das eine, das er besaß, war in seinem Augen. Jetzt sah er den Bruder nachdem Saal strömen. Zu spät kam ihm der Gedanke, ihn zurückzuhalten. Er eilte ihm vergeblich nach bis zur Tür. Dort nahm ihn wiederum die Blume gefangen, die das Mädchen für einen Finger hingelagert, für einen glücklichen, fand sie dort, dem sie zugebracht war. Und unter den leisen, mechanisch fortgesetzten Zurufen seines Mundes an den Bruder, der sie nicht mehr hörte, er solle schweigen, fragte er sich innerlich: bist du es auch, für den sie die Blume hingelagert hat? Hat sie die Blume für jemand hingelagert? Sein Herz antwortete glücklich auf beides ein Ja, während ihn das Vorhaben des Bruders noch bedrängte.

War es ein Liebeszeichen von ihr und für ihn, so war es das Letzte.

Zweimal sah er verhalten in den Saal, wenn die Türe sich öffnete; er sah sie mit seinem Bruder tanzen, dann im Aussehen vom Tanze, den Bruder in seiner heiligen Weise auf sie zu reden. Jetzt spricht er von mir, dachte er, aber das ganze Gesicht erglühend. Er stürzte in den Schatten der nahen Böcke, als sie den Saal verließ. Der Bruder führte sie heim. Er folgte den beiden in so großer Entfernung, als er nötig hielt, von ihr nicht gesehen zu werden. Als der Bruder von der Begleitung zurückkam, trat er von der Tür weg. Er war wie nach vor Scham. Der Bruder hatte ihn doch bemerkt. Er sagte: „Noch will sie nichts von dir wissen; ich weiß nicht, ob es Eifersucht oder

ihre Ernst. Ich treffe sie schon wieder. Auf ein Schlag fällt kein Baum. Aber das muß ich dir zugestehen. Gehst du auf du. Ich weiß nicht, wo ich meine Augen gehabt habe. Die ist noch ganz anders, als die Beate. Und das will viel sagen!“

Von da an hatte der Bruder unermüdet mit Walters Christinen getanz und für den Bruder gesprochen und jedesmal, nachdem er sie heimgeführt, dem Gelden Rechenschaft abgelegt von seinen Bemühungen für ihn. Lange nach war er ungewiß, ob sie sich nur ziere, oder ob sie unsern Gelden wirklich atgegen sei. Er erzählte gewissenhaft, was er zu des Gelden Gunsten ihr gesagt, was sie auf seine Fragen und Versicherungen geantwortet. Er hatte noch Hoffnung, als unser Geld sie schon aufgegeben hatte. Und dieser hätte es aus ihrem Benehmen gegen ihn erkennen müssen, hätte er auch ihre Antworten an den Bruder nicht erfahren, seine Reigung habe keine Erwidrerung zu erwarten. Sie wußt ihm aus, wo sie ihn sah, so angeschlossen, als sie ihn früher gesucht zu haben schien. Und war er es denn gewesen, den sie damals suchte, wenn sie überhaupt jemand gesucht hatte?

Der Bruder forderte ihn hundertmal auf, sie abzugeben und selbst seine Sache bei ihr zu führen. Er bot seine ganze Erfahrungskraft auf dem Felde Gelegenheit zu verschaffen, sie allein zu sprechen. Unter Geld wies die Aufforderung ab, wie die Arbeiter. Es war doch unruhig. Alles, was er erreichen konnte, war, sie nur nicht mehr zu ergötzen.

„Ich kann es nicht mehr mit ansehen, wie du immer bleicher wirst, sagte der Bruder eines abends zu unsern Gelden, nachdem er ihm gemeldet, wie er heute wieder erfolglos für ihn gesprochen. Du mußt für ein Zeitlang von hier, das wird noch zwei Seiten gute Folgen für dich haben. Wenn ich dir sage, du bist um ihretwillen in die Welt gegangen, wird sie sich vielleicht befehren. Glaube mir, ich kenne, was lange Haare trägt, und weiß damit umzugehen. Du schreibst ihr einen beweglichen Brief zum Abschied, den bekommt sie durch mich und ich will ihr schon das Herz weich machen. Und ist es nicht zu erreichen, so wird dir es gut tun, wenn du ein oder mehrere Jahre von hier weg bist, wo dich alles an sie erinnert. Und zuletzt wird die Fremde einer andern Welt aus dir machen, der mit der Art, die Schützen trägt, besser umzugehen weiß. Du mußt tanzen lernen, das ist schon der halbe Weg dazu. Und der Alte im blauen Rock ist ohnehin vom Vetter in Wien angekommen worden, einen von uns zu ihm zu schicken.“

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Im roten Rathhause

tagte man gestern wieder von 4 bis gegen 9 Uhr abends. Brennpunkt der Verhandlungen war eine Anfrage der „F. W. B.“, die aber nicht die Notwendigkeit dieser Fraktion beweisen konnte, über den Stand der gebliebenen polnischen Eisenbahnsperrung, die Danzig ganz von der Außenwelt abtrennt und unseren Freistaat vor allem wirtschaftlich erdrückt. Diesmal wohnten die polnischen Stabsverordneten den Verhandlungen bei. Und man konnte wirklich neugierig sein, was sie, die doch auch Bürger Danzigs sind, zu einer Republik auf jeden Fall unwürdigen Gewaltmaßregel zu sagen haben würden. Dr. Rubacz, der Arzt in Danzig ist und hier schon längere Zeit wohnt, sprach aber staatsrechtlich kaum anders wie ein weißer Gouverneur zur Zeit Peters des Großen. Nichts von all den heiligen Freiheitsrechten, mit denen Polen früher ihr Recht auf Entwicklung, Nation und Muttersprache gefordert hatten. Hier bilanzierte er: Was wir wollen, das können wir, ganz ohne Rücksicht darauf, daß es euch schadet, denn wir sind souverän! Diese sonderbare „Souveränität“ kam um so eigentümlicher, als der demokratische Stadterordnete Jemelowski, der früher für die Verständigung zwischen Danzig und Polen wirkte, aus bester Quelle mitteilen konnte, daß ihm habe polnische Beamte die Eisenbahnsperrung als „Maßregel der Unvernunft“ bezeichnet hatten! Diese Unvernunft ist für den kapitalistischen Freiheitsbringer Dr. Rubacz aber prägnanter — Souveränität. Genosse Grünhagen sprach es alleinig ernst beachtet, mit der gebotenen Deutlichkeit aus, daß die Sozialdemokratie sich auch fremder Knackigkeit nicht beugen werde. Oberbürgermeister Sahm stellte offiziell die geradezu ungeheuerliche Tatsache fest, daß man von der polnischen Regierung weder dem Magistrat noch auch dem Oberkommisnar von der Eisenbahnsperrung die geringste Mitteilung gemacht habe. Der Ernst dieser Schicksalsfrage Danzigs zwang auch die Unabhängigen formell zu einem nicht auflösenden Verhalten. Allerdings hatte ihr Fraktionsführer Naha nicht einmal etwas gegen die sonderbare „Souveränität“ des Herrn Dr. Rubacz zu sagen. Um so wirksamer führte die Unabhängige Käthe Leu, offenbar mehr als Außenleiterin und mit starkem Heimatgefühl, das den Unabhängigen sonst gar nicht liegt, den freiwilligen polnischen Regierungskommissar beim.

Die neue Erörterung der Straßenbahnpreise führte zu der Verdoppelung der Fahrpreise. Alle Fraktionen stimmten dafür, nachdem es durch das Vorhaben der „Vollstimmigkeit“ geübt war, der Direktion immerhin wertvolle Preisermäßigungen abzurufen. Vor allem haben wir jedoch erreicht, daß fast die gesamte Versammlung dem sozialdemokratischen Antrag auf Verstaatlichung der Bahn mindestens grundsätzlich zustimmte. Damit ist künftigen Ausschreitungen des Aktienkapitals der wirksamste Damm vorgeschoben. Ganz und gar verunglückte denn auch, wie Genosse Grünhagen treffend feststellte, die Aktion zur Rettung des großen Schwanzens der kapitalistischen Presse über die Generalversammlung der Straßenbahndirektion. Der neue Versuch dieser Rettung durch den Demokraten Dr. Herrmann und den Deutschnationalen Brunzen war fast noch blühender, als jene Todschweigekampagne selber, die von den „Danziger Neuesten Nachrichten“ usw., wie Grünhagen auf Grund des Zeugnisses von Direktor Kupferschmidt selber feststellte, auf direkten Wirt geübt worden ist.

Die schwarzen Listen der Bau-Scharfmacher wurden von mehreren sozialdemokratischen Rednern der wohlverdienten Kritik unterworfen. Dabei wurde festgestellt, daß man sich nach diesen Listen auch bei Einstellungen auf der Danziger Werft richtet. Oberbürgermeister Sahm erklärte, davon nichts zu wissen und ersuchte um das Material. Zu der Forderung um Fortführung der Bauten in städtischer Regie, wenn die Bauunternehmer trotz bereits erfolgter Zustimmung der Bauarbeiter dem Schiedsgericht des Oberbürgermeisters nicht beitreten, sollte Sahm sich erst nach dem notwendigen Magistratsbeschluss äußern! Wir erwarten, daß dieser recht bald zustimmend erfolgt. Die Hartnäckigkeit der Bau-Scharfmacher darf nicht länger geduldet werden. Gerade weil wir politische Gegner des Oberbürgermeisters sind, lehnen wir die häßliche Art, in der ausgebeuteter Herr Naha den sonst zweifellos tüchtigen Verwaltungsmann zu effizieren beabsichtigt.

Sehr bemerkenswert ist, daß der Rämmerer Stadtrat Dr. Ewert im Saale war, aber nicht sprach! Dem Herrn Rechtsanwalt Reumann (F. W. B.) blieb es überlassen, von vornwärts einer Zeitung gegen die Ehre dieses verdienstvollen Mannes zu sprechen, der doch auch die Einkünfte als Aufsichtsrat der Straßenbahngesellschaft der Stadt überlassen habe. Herr Reumann hätte uns wirklich nicht darüber belehren brauchen, daß es auch — unvorsichtige Rechtsanwälte gibt. Im übrigen stellten wir, wie sind eben so rücksichtsvoll, nur fest, daß Dr. Ewert schon im Februar 1920 auf die Lantienen als Aufsichtsrat verzichtet hat, der er doch erst bloß schon mehrere Jahre ist.

Vorläufige Regelung der Danziger Eisenbahn- und Postfragen.

Zwischen Sir Reginald Tower und der polnischen Regierung haben vor einigen Tagen in Warschau Verhandlungen stattgefunden, die in Eisenbahn- und Postfragen zu folgendem Ergebnis führten:

Die Verwaltung der Eisenbahn geht ausschließlich in die Hände des Freistaates über. Von Danzig nach Berlin und Königsberg werden durchgehende Züge verkehren, die im polnischen Gebiete weder halten, noch der Kontrolle durch Polen ausgesetzt sind. Das Personal für die durchgehenden Züge sowie für den Verkehr im Freistaat stellt der Freistaat. Für den Verkehr von Danzig nach Polen stellt der Freistaat Lokomotiven und Personal bis zur Grenze, von dort ab werden polnisches Personal und Lokomotiven verwendet.

Die Güterzüge werden teilweise auch durchgehend nach Deutschland geführt. Stückgüter werden in geschlossenen plombierten Wagen befördert. Polen wird in diesem Falle für Personen- und Güterzüge den Anteil des Fahrpreises und der Frachten nach der inneren des Korridors der künftigen Schienenzahl abzuschätzen. Es findet eine gegenseitige Verrechnung statt.

Die Verwaltung der Post, des Telegraphen und des Telephons geht ebenfalls auf den Freistaat über. Die Danziger Behörden erhalten direkte Telegraphen- und Telephonleitungen nach Deutschland, desgleichen die polnischen

Behörden solche nach Warschau, Polen und anderen wichtigen, jeht polnischen Orten.

Danzig wird eine bestimmte Menge des im Freistaate befindlichen rollenden Materials überwiesen werden. Soweit dieses Material für Danzigs Verkehr nicht benötigt wird, soll es Polen teilweise gegen Bezahlung vom Freistaat erhalten.

In den vorerwähnten Betriebsangelegenheiten erhält Polen gewisse Rechte. Die oberste Kontrolle wird ausschließlich nach von England ausgeübt. Der abgeschlossene Vertrag ist in deutscher, polnischer und englischer Sprache ausgefertigt. Bei Abweichungen im Falle unrichtiger Uebersetzungen ist der englische Text des Vertrages maßgebend.

Lohnbewegung der Handelsangestellten.

Am Werkspeichelhause fand gestern abend eine sehr stark besuchte Versammlung der Angestellten im Groß- und Kleinhandel statt, um zu den Tarifverhandlungen der Angestelltenorganisationen mit dem Arbeitgeberverband Stellung zu nehmen. Den Vorsitz führte Gen. Leu vom Zentralverband der Angestellten. Den Bericht über die bisherigen Verhandlungen erstattete Herr Kuhn (G. d. M.). Er führte aus, daß die Verhandlungen bereits seit Januar geführt werden, aber noch zu keinem Ergebnis geführt hätten. Seit dem 26. März wird mündlich verhandelt, und man hat dies in 32 Stunden getan. Die Organisations der Angestellten legten einen Vertragsentwurf vor, der aber als Verhandlungsgrundlage nicht anerkannt wurde. Gewisse Ergebnisse sind vorhanden, etliche Forderungen der Angestellten sind abgelehnt. Der wichtigste Punkt des Tarifs ist die Festlegung der Mindestgehälter. Die Angestellten verlangten Mindestgehälter von monatlich 450 bis 900 M., beginnend mit dem vierten Berufsjahre, also nach der dreijährigen Lehrzeit. Nach sieben Jahren soll das Höchstgehalt erreicht sein. Die Arbeitgeber boten 300 bis 550 M. Die Angestellten gaben dann mit ihrer Forderung herunter auf 400 bis 800 M., jedoch sollten die höher klassifizierten Angestellten mehr erhalten. Das letzte Angebot der Arbeitgeber betrug 375, 425, 475, 525, 575, 625, 675 M., und zwar mit jedem Jahre steigend. Die Angestellten stellten ihre Forderung angesichts der weiteren Preissteigerung auf 425 bis 825 M. Die weiblichen Angestellten sollten 10 Prozent weniger erhalten. Für alle und gleichberechtigte Angestellte kann der Ueberwachungsausschuss geringere Gehälter festsetzen. Gehälter über die Mindesthöhe hinaus unterließen der freien Vereinbarung. Die neuen Gehälter sollen vom 1. April ab nachgezahlt werden. Die Arbeitgeber haben die Verhandlungen abgebrochen, da sie weitere Zugeständnisse nicht machen wollten.

Es folgte nun eine längere Aussprache. Ein Redner teilte mit, daß das Mindesteinkommen zur Deckung des notwendigen Bedarfs auf monatlich 860 M. berechnet ist. Dann ist noch nichts für den Bezug einer Zeitung und sonstige Kulturbedürfnisse eingeplant. Alle Redner lehnten das Angebot als zu gering ab. Man wünschte, daß die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, und die Arbeitgeber sollen bis zum 26. April erklären, ob sie zur Verhandlung bereit sind. Mit allen gegen eine Stimme wurde folgende Entschlieung angenommen:

Die am 20. April 1920 im Werkspeichelhause äußerst zahlreich versammelten Arbeitnehmer des Groß- und Kleinhandels nehmen von den anwesenden Gehaltsführern der Arbeitgeber mit Entschiedenheit Kenntnis. Diese Gehaltsführer werden durchaus nicht aus zum notwendigen Lebensunterhalt. Die Mindestgehälter im abgeschlossenen Tarifvertrag sind Höchstgehälter gewesen. Aus diesem Grunde erklärt die Versammlung unter allen Umständen auf die Klassifizierung der Gehälter der Angestellten nach einfacher schematischer Tätigkeit, in verantwortlicher Stellung mit qualifizierter Tätigkeit und in leitender Stellung bestehen zu müssen. Ebenso fordert die Versammlung, daß die von den Arbeitgebern nicht bewilligten Punkte, wie Angestelltenauschüsse, Wettbewerbsabrede, Konventionen, gleiche Entlohnung für männliche und weibliche Angestellte usw. in den Tarif aufgenommen werden. Die Versammlung spricht ihren Organisationsvertretern die Zustimmung für ihre Vertretung den Arbeitgebern gegenüber aus und fordert dieselben auf, mit den Arbeitgebern nochmals in Verhandlungen zu treten, um die Wünsche der Versammlung zu berücksichtigen und geltend zu machen. Die Versammlung ist sich des Gedankes ihrer Forderung bewußt und betont einmütig, geschlossen bei diesen Forderungen stehen zu bleiben.

Lage im Baugewerbe.

Am Sonnabend den 17. April, nahm eine Vertrauensmännerversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes und am Sonntag und am Montag Mitgliederversammlungen in Danzig, Otha und Joprot Stellung zu dem am 16. April vom Oberbürgermeister Sahm geäußerten Schiedsgericht. In allen Versammlungen wurde scharfe Kritik an dem Schiedsgericht geübt, weil die Bauarbeiter durch den Schiedsgericht unbedeutend sind. In allen Versammlungen stand eine Entschlieung zur Beratung, in der es heißt:

Die am 18. und 19. April 1920 tagenden Mitgliederversammlungen des Deutschen Bauarbeiterverbandes erklären nach Kenntnisnahme der Ergebnisse der Tarifverhandlungen und nach Würdigung aller einschlägigen Umstände:

Das Gesamtergebnis der Lohnverhandlungen ist nicht demzufolge, daß es die berechtigten Ansprüche der Danziger Bauarbeiter befriedigen könnte. Die von dem unparteiischen Herrn Oberbürgermeister Sahm vorgeschlagene Lohnzulage entspricht durchaus nicht dem, was die Danziger Bauarbeiter verdient. In Anbetracht der Tarifverhältnisse bei den deutschen Bau- und Tiefbauern vom 14. Februar 1920 ab, für Städte wie Danzig auf die zuletzt gezahlten Löhne 1 Mark und vom 6. April ab 1,25 Mark als Zulage gewährt. Diese hätte für Danzig, weil wir durch die Abtrennung unter viel ungünstigeren Verhältnissen leben, als Mindestmaß angesehen werden müssen. Trotzdem die Danziger Bauarbeiter durch ihre berechtigten Forderungen auf 4,50 Mark bzw. 4,25 Mark gelangt hatte, hat der Unparteiische für Danzig jedoch nur 4,00 Mark und für Hilfsarbeiter 4,05 Mark im Vorschlag gebracht. Durch die Vorschläge sind die Danziger Bauarbeiter sehr enttäuscht. Es erklärt sich fast unendlich auf Grund der Vorzüge der Bauarbeiter zum Abschluß der Tarifbewegung zu bewegen.

Trotzdem sind die Versammlungen bereit, zur die mindestenmittlere notwendige Bevölkerung nicht noch zu dem gewaltigen Hunger, der durch Hunger und Schließung durch Hungerlöhner vergrößert wird, wohnungslos zu lassen, den Vorschlägen zuzustimmen.

Diese Entschlieung wurde in gebetsamer Abstimmung von 1812 abgegebenen Stimmen mit 721 gegen 101 Stimmen angenommen. Dadurch gilt der Schiedsgericht für den Deutschen Bauarbeiterverband als ungenügend.

Nach Mitteilungsbereitungen ist der Schiedsgericht der Schiedsgericht mit der Entscheidung, daß die Arbeit nur dann aufgenommen werden kann, wenn die Arbeiter den Schiedsgericht den Spruch anerkennen, das polnische Personal. Dieser Schiedsgericht ist nicht weiter als eine rechtliche Bestätigung des Schiedsgerichts. Die Unterzeichner wollen den Kampf. Die Kampfesleitung, die der Schiedsgericht des Schiedsgerichts unter seinen Mitgliedern erweist, sei es, daß sie nicht beschäftigt, wie sie angefaßt wurde. Das werden die Herren Leu und Kuhn, wie auch in ihrem letzten Reden erkläre, wenn sie jetzt in letzter Stunde einlenken sollten.

Die Entscheidung über Krieg und Frieden im Baugewerbe liegt bei den Unterzeichnern, sie tragen die Verantwortung. Weder sie sich der Schwere derselben noch rechtmäßig befreit werden.

Für die Arbeit ist jetzt noch mehr wie je zuvor eine ruhige und feste Haltung zu beobachten, aufrichtig und verständnisvoll den Kampf zu bestehen und sich immer fester zu den wichtigsten Entscheidungen fähig zu machen, bereit zum Kriege wie zum einen notwendigen verhaltenen Kampfe.

Der Deutsche Bauarbeiterverband hat gestern die in den Versammlungen beschlossene Entschlieung dem Reichsminister für Arbeit überreicht. Eine Antwort auf diese Entschlieung ist vom Arbeitgeberverband noch nicht eingegangen.

Verhafteter Ausbrecher. Der von Polizei und Staatsanwaltschaft langgeheute Verbrecher Paul Wemkowski, der im Oktober aus dem hiesigen Gefängnis entwichen ist, konnte von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen werden.

Erntestrolcher Betrüger. Es gelang der Danziger Polizei, den Arbeiter Julius Palewatz festzunehmen. Dieser hat durch Betrügereien eine Unmenge Personen geschädigt. Im Kreise Danziger Niederung, namentlich Schönbaum, Heubude, Neufahr und Umgebung hat er Bestellungen auf Saatkartoffeln entgegengenommen und sich eine Anzahl geben lassen. Die Besteller warten aber vergebens auf die Saatkartoffeln.

Beraubung einer Wohnung. Der Arbeiter Paul Stein, Niedere Seigen 14 wohnhaft, hat am Montag am hellen Tage bei einer Trinitatiskirchensange 5 wohnhaften Familie eingebrochen und eine Menge Gold- und Silberfachen sowie andere Gegenstände gestohlen. Von der hinzutretenden Bewohnerin wurde er bei der Tat ertappt. Er floh, doch gelang es, ihn durch hinzutretende Passanten in der Katergasse festzunehmen.

Werin Arbeiterjugend. Heute abend 7 Uhr im Heim. Generalsammlung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen. Der Vorstand.

Polizeibericht vom 21. April 1920. Verhaftet: 22 Personen, darunter 11 wegen Diebstahls, 2 wegen Ruppel, 1 wegen Hehlerei und 8 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 braune Brieftasche mit polnischem Gelde und Paß für Frau Liba Mayer, geb. Hama, abgehoben aus dem Fundbüro des Polizeipräsidiums; 1 Paar Schäfte zu Kinderstiefeln, abgehoben von Herrn Ferdinand Stoerk, Gasanstalt 2.

Standesamt.

Todesfälle: S. d. Bankangestellten Theodor Arjan, 1 M. — Frau Bertha Finkel geb. Thierck, 74 J. — S. d. Geizers Felix Hecht, 12 M. — Straßenbahnkassierer August Mecker, 88 J. 5 M. — Antiquar Anton Grubba, 57 J. 8 M. — S. d. Sattler Joseph Wirsching, 2 M. — Witwe Rosalie Krause geb. Bock, 60 J. 9 M. — Witwe Wilhelmine Hopp geb. Schmalz, 64 J. 8 M. — Hilfer Wilhelm Wählberg, 63 J. 8 M. — Arbeiter Franz Reibel, 15 J. 6 M. — Arbeiter Alexander Wehhardt, 20 J. 8 M. — Frau Clara Hora geb. Wähl, 58 J. 5 M. — Unschick: 1 S., 1 F.

Wasserstandsnotizen am 20. April 1920.

	gestern	heute	gestern	heute
Thorn	1,62	1,77	1,57	1,54
Jordan	1,58	1,53	1,94	1,90
Culm	1,50	1,48	2,30	2,32
Grudenz	1,66	1,63	2,50	2,46
Kurzbrack	2,05	2,03	—	—
Montauerlothe	1,55	1,56	—	—

Telegramme.

Kapp in Polizeigewahrsam.

Nach einer Blättermeldung aus Stockholm wird Dr. Kapp vorläufig im Polizeigewahrsam gehalten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß zwischen Schweden und Deutschland ein Rettungsaustausch über die Möglichkeit einer Auslieferung stattfinden wird.

Der Raub des Sparcassens Hölz.

Berlin, 21. April. Wie dem „Berl. Tagbl.“ aus Dresden gemeldet wird, hat Hölz bei seiner Verhaftung einen Depositionscheck zu vertriehen verurteilt, der auf 245 000 Mark lautet. Ferner hatte Hölz für eine halbe Million Mark Bräutanten in den Kleibern eingetauscht bei sich.

Die polnisch-russischen Friedensverhandlungen verschoben! Amsterdam, 21. April. „Times“ meldet aus Warschau: Die Verhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland werden aufgeschoben. Weiter meldet „Times“, daß die Gerüchte über eine Erhebung der Ukrainer in Kiew sich bestätigen.

Erste Versammlungen in der Ostentel

Amsterdam, 20. April. „Times“ meldet aus Genoa: Bei der ersten Besprechung der Ministerpräsidenten am Sonntag abend, die sich auf den Berliner Vertrag ergaben, gab es drei verschiedene Auffassungen. Die Franzosen wollen den Vertrag voll und ganz zur Anwendung bringen, die Italiener sind für eine weitgehende Abänderung. Lloyd George will die Ausführung des Vertrages der jeweils gegebenen Lage anpassen. Laut „Times“ handeln Lloyd George und Pitt in vollkommener Uebereinstimmung.

Japanische Siege gegen die Bolschewisten.

Tokio, 18. April. (Reuter.) Deftlich vom Bolschewisten haben die Japaner einen bolschewistischen Angriff nach dreitägigem Kampf zurückgeschlagen. Deftlich von Tschita schlugen die Japaner am 8. d. Mts. mit Semenov einen bolschewistischen Angriff aus der Richtung Irkutsk zurück.

Chefredakteur Adolf Bartel.

Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den republikanischen Tageteil und die Unterhaltungsbeilage Ernst Sopp, für die Infanzie Bruno Gweil, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Wehl & Co., Danzig.

